

15. Plattform des IKK e.V.

Zwischen Gesetzen & Patient

dgd (dh) – Sind die bisher verabschiedeten Gesetze förderlich? Was brauchen die gesetzlichen Krankenkassen, um ihre Rolle gut zu erfüllen? Und wieso versucht der Staat eigentlich, mehr und mehr Einfluss zu nehmen? Rund 120 Gäste aus Politik, Wissenschaft und Gesundheitswirtschaft trafen sich unter dem Motto „Gestalten oder Verwalten? Zukunftsrolle der Krankenkassen“.

„Die Gesundheitspolitik ist ein Haifischbecken“ zitierte **Lutz Stroppe**, Staatssekretär im Gesundheitsministerium, den Running Gag der Insider zum Spaß zu Beginn seines Vortrags: „und der Patient steht in der Mitte.“ Gesund klingt das ja nicht gerade.

Laut Stroppe sind in den vergangenen Jahren „viele Probleme nicht behandelt worden“ – deshalb habe es so viele Gesetze zur Verbesserung der Versorgung gegeben. Credo seines Ministeriums sei jedenfalls eine qualitativ hochwertige, gut erreichbare medizinische Versorgung für die Versicherten. Kritisch sieht er, dass Kassen auf ihre Rücklagen von mehr als 15 Milliarden Euro zurückgreifen, um die Zusatzbeiträge zu senken. Das Geld solle doch stattdessen lieber für die Versorgung eingesetzt werden.

Stroppe: Wollen nicht Fachaufsicht werden

Stroppe betonte, dass der Übergang von der Rechts- zur Fachaufsicht nicht erfolgen werde. Die Passagen, die das beinhaltet hätten, werden im Regierungsentwurf nicht mehr enthalten sein. Das Aufatmen bei den Kassen über diese Entscheidung war schon vor Wochen hörbar. Immerhin wären damit die Rechte der Verantwortlichen in den gesetzlichen Krankenkassen in einer Art und Weise beschnitten worden, die beispielsweise Klagen gegen Beschlüsse unmöglich gemacht

hätte. Das, so die GKV-Vertreter, ginge ja gar nicht in einem Rechtsstaat. Womit sie auch Recht hatten.

Hans Peter Wollseifer, Vorstandsvorsitzender des IKK e.V., verwies auf eine aktuelle Umfrage, wonach immerhin 82 Prozent der Deutschen dem hiesigen Gesundheitssystem die Note gut bis sehr gut erteilen. Fast die gleiche Anzahl sei davon überzeugt, dass die gesetzliche Krankenversicherung immer teurer wird. Da kann man nur sagen: Die Deutschen sind Realisten.

Es gab ja zahlreiche Reformen in den vergangenen Jahren, betont Wollseifer, und diese Gesetze zur besseren Versorgung der Versicherten seien zu begrüßen. Er habe aber auch den Eindruck, dass sich die Bundesregierung dabei auch Interessengruppen bedient habe. Dadurch seien die Gestaltungsspielräume der Kassen eingeengt worden.

Hans-Jürgen Müller, ebenfalls Vorstandsvorsitzender des IKK e.V., hat deutliche Worte. Der Gesetzgeber sei wohl ein bisschen weit vorgesprungen – die Aufsicht habe ja bekanntlich das Gesundheitsministerium, und wenn man feststelle, was alles so gelaufen ist, müsse man sagen, dass da wohl irgendjemand nicht gespürt habe. Über die Aufsicht müsse man auf jeden Fall nach wie vor nachdenken – solle es generell eine Landesaufsicht oder gar Bundesaufsicht sein? Man sei ja eine Körperschaft öffentlichen Rechts und da müsse selbstverständlich sichergestellt werden, dass alles sei-

ne Richtigkeit hat. Ein Splitting der Zuständigkeitsbereiche sei keinesfalls sinnvoll, da helfe es auch nicht, wenn man jährlich Tagungen der Aufsichtsgremien veranstalte. Letztendlich, und das liege in der Natur der Sache, seien die Landesaufsichten näher dran am Geschehen als das Bundesversicherungsamt. Gleiches Recht für alle Krankenkassen sei gefordert, das im Endeffekt in eine bessere Versorgung für den Patienten münde. Beim Risikostrukturausgleich müsse transparenter gearbeitet werden, damit auch von Krankenkassen nicht jede Möglichkeit genutzt werden könne, besser an das Geld heranzukommen. Das klingt vernünftig, denn sonst schielen die Kassen wohl nur weiter auf den Sahnetopf.

Unterschiede bei der Kassen-Aufsicht

Prof. Dr. **Klaus-Dirk Henke**, Universitätsprofessor an der TU Berlin, plädierte für mehr Transparenz. Alle Beteiligten an der Versorgung seien zudem aufgefordert, über den Tellerrand zu schauen und zu kooperieren. Henke kritisierte eine Regulierungswut der Regierung und die unterschiedliche Aufsichtspraxis vom Bundesversicherungsamt (BVA) und den Landesaufsichten. Vermutlich werde sich da aber in naher Zukunft nichts tun, denn, so betonte Staatssekretär Stroppe seinerseits, dafür sei natürlich erstmal eine Mehrheit im Bundesrat erforderlich. Und die sei nicht absehbar.

Gesundheit sei aber doch nicht als separater Handlungsbereich zu verstehen, betont Henke, sondern als gesamtgesellschaftliches Handlungsziel. Man bräuchte Rahmenbedingungen,

die das Gesundheitswesen vor Politikern und Verbandsfunktionären schützt und die Versicherten und die Patienten mit ihren Angehörigen stärkt.

Warum die Politik offenbar so dahinter her zu sein scheint, sich nahezu unbegrenzten Einfluss zu sichern, darüber kann man offiziell nur spekulieren. Die Pharma hat jedenfalls an Einfluss eingebüßt, das ist das Werk von FDP-Gesundheitsminister Rößler. Gröhe wiederum, der verbieten lassen will, dass rezeptpflichtige Arzneimittel günstiger im Internet bestellt werden können, hat die Sorge, dass zuviel Wettbewerb für deutsche Apotheken (und somit die Pharmaindustrie) gar nicht gesund ist. Natürlich.

Tatsache ist wohl, dass tatsächlich mehr Konsens gefunden werden müsste zwischen Vertragsparteien und innerhalb der Länder. Dann käme die Politik vielleicht gar nicht dazu, wie Papa in der Familie ein Machtwort zu sprechen. Wie zuletzt beim Krankenhausstrukturgesetz, als sich Kassen und Kliniken nicht auf die Abschlagshöhe für stationäre Mehrleistungen (dem sogenannten Fixkostendegressionsabschlag) einigen konnten und die Kassen teils Abschläge von 70 Prozent bis 92 Prozent gefordert hatten. Woraufhin der Bundestag diese kurzerhand bundeseinheitlich gesetzlich begrenzte, und zwar in den nächsten zwei Jahren auf 35 Prozent. Da hilft dann auch kein Schreien, dass wieder einmal eine Lobby gewonnen hat. Die AOK kündigte jedenfalls schon an, dass bei einem Abschlag von unter 65 Prozent Mehrausgaben für die Beitragszahler im dreistelligen Millionenbereich entstünden. Sieht so aus, als wenn der Patient noch eine Weile weiter im Haifischbecken schwimmen wird.